

Danziger Dampfboot.

N^o. 69.

Freitag, den 22. März.

Das „Danziger Dampfboot“ erscheint täglich Nachmittags 5 Uhr, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Abonnementspreis hier in der Expedition Portschaffengasse Nr. 5. wie auswärts bei allen Königl. Postanstalten pro Quartal 1 Thlr. — Hefige auch pro Monat 10 Sgr.



1867.

38ster Jahrgang.

Inserate, pro Petit-Spaltzeile 1 Sgr.

Inserate nehmen für uns außerhalb an:
In Berlin: Netemeyer's Centr.-Bzg.- u. Annonc.-Büreau
In Leipzig: Eugen Fort. S. Engler's Annonc.-Büreau.
In Breslau: Louis Stangen's Annonc.-Büreau.
In Hamburg, Frankfurt a. M., Wien, Berlin, Basel u. Paris:
Haasenstein & Vogler.

Die verehrten Abonnenten des **Danziger Dampfboots** werden ersucht, ihre Bestellungen auf dasselbe für das zweite Quartal 1867 erneuern zu wollen.

Telegraphische Depeschen.

Hannover, Donnerstag 21. März.

Eine Kabinetts-Ordre vom 16. März gestattet drei hannoverschen Officieren den Eintritt in das sächsische und drei anderen den Eintritt in die schwedischen, sächsischen und braunschweigischen Kontingente.

Karlsruhe, Donnerstag 21. März.

Die heutige „Karlsruher Zeitung“ begrüßt in einem officiösen Artikel das preussisch-süddeutsche Bündniß mit froher Zuversicht für die deutsche Zukunft, da die Deutschen jetzt in den Stunden der Gefahr ein einziges Vaterland haben werden. Es wäre die glücklichste Fügung, wenn die neue Allianz auch die vollständige Einheit Deutschlands in Gesetzgebung und Verkehr anbahnte.

Wien, Donnerstag 21. März.

Die „Presse“ erfährt aus zuverlässiger Quelle, daß die Beforgnisse einer Ueberschreitung der bosnischen Grenze von Seiten Serbiens geschwunden seien, daher auch von der Aufstellung eines österreichischen Observations-Corps an der Grenze Abstand genommen sei. Der Fürst von Serbien, Michael, hat Erklärungen abgegeben, die Oesterreich, Frankreich und England vollkommen zufrieden gestellt haben.

Die „Amtszeitung“ dementirt die Nachricht von der Aufstellung eines österreichischen Observations-Corps an der türkischen Grenze.

Paris, Donnerstag 21. März.

Der „Abendmoniteur“ enthält eine Depesche aus Vera-Cruz vom 16. d., nach welcher die Räumung Mexiko's Seitens der französischen Truppen jetzt vollendet ist; Marschall Bazaine war bereits am 12. März abgereist. Der Gesundheitszustand der Truppen ist befriedigend. Weitere Nachrichten aus Mexiko waren nicht eingelaufen.

Florenz, Donnerstag 21. März.

Wie die „Opinione“ meldet, sind die Gerüchte über den Eintritt Rattazzi's in's Kabinet noch unbeständig.

Konstantinopel, Donnerstag 21. März.

Bis gestern war von der Uebergabe einer Kollektivnote mehrerer Großmächte in der kandiatischen Angelegenheit hier nichts bekannt. — Dem Vernehmen nach werden mehrere Söhne und Neffen des Sultans die Pariser Ausstellung besuchen — Der bisherige Gesandte Italiens beim russischen Hofe, Graf de Launay, ist zum Gesandten Italiens bei der Pforte ernannt worden. — Fünfunddreißig kandiatische Delegirte, darunter 17 Griechen, sind hier eingetroffen und wurden vom Sultan in Audienz empfangen. Auf die von einem Christen gehaltene Ansprache ertheilte der Sultan eine wohlwollende Antwort. — Eine türkische Kriegsfregatte ist mit Landungstruppen nach dem Archipel ausgelaufen.

Patras, Sonntag 17. März.

Der Aufstand in Thessalien ist im Wachsen. Tausend thessalische Familien sind in Griechenland eingewandert. Eine Offensiv- und Defensivalliance zwischen Griechenland, Rumänien, Serbien und Montenegro ist abgeschlossen.

Norddeutscher Reichstag.

17. Plenar-Sitzung. Donnerstag, 21. März.

Präsident: Dr. Simson. Eröffnung 10 Uhr 10 Min. Der Tisch der Bundes-Commissarien ist leer. — Die Tribünen sind gefüllt. — Die Bänke des Hauses sind noch sehr spärlich besetzt. — Ein Schreiben des Bundes-Commissarius v. Roon wird verlesen, etwa dahin lautend: „Es ist zu meiner Kenntniß gekommen, daß bei den Reichstags-Abgeordneten in Bezug auf die Verfassungs-Verfassung betr. Artikel 50, 53 und 58 des Verfassungs-Entwurfes abweichende Ansichten obwalten, und daß deshalb eine vorläufige nähere Darlegung für wünschenswerth erachtet wird. Mit Rücksicht hierauf habe ich die Erläuterungen zusammenstellen lassen, und beehre ich mich, dieselben in der Anlage zu überreichen.“ — Präsident Simson erklärt, daß er dieselben sofort werde drucken lassen. — Es wird in die Tagesordnung, in die Fortsetzung der Vorberathung des Verfassungs-Entwurfes — Abschnitt II Art. 4 und 5 eingetreten. — Art. 4 handelt von den Gegenständen, welche der Beaufsichtigung und Gesetzgebung des Bundes unterworfen sein sollen. Es handelt sich um die beantragten Zusätze. — Abg. Braun (Wiesbaden) beantragt hinzuzufügen, als Nr. 14: „die Feststellung der Befugnisse, welche kein Bundesstaat in Bezug auf Press-, Vereins- und Versammlungsbrechte, sowie in Bezug auf die sonstigen persönlichen und staatsbürgerlichen Rechte seinen Angehörigen vorenthalten darf.“

— Abg. Ewesten beantragt als Nr. 15 hinzuzufügen: „Das Militärwesen des Bundes und die Kriegsmarine.“ — Dr. Schaffrath beantragt hinzuzufügen: „Nr. 14) das Militär- und Marinewesen; 15) das Bundes-Finanzwesen; 16) die Abänderung und Auslegung dieser Verfassung.“ — Endlich beantragt Abg. v. Bockum-Dolffs die Beschlußfassung über diese Nummer bis nach Berathung der Art. 21 bis 23 auszusetzen. — Dieser Antrag wird sofort abgelehnt und demnach in die Berathung eingetreten. — Abg. Easker (für das Amendement Braun): Wir wollen uns nicht die Möglichkeit verschließen, baldmöglichst die Bedürfnisse nach Grundrechten zu befriedigen. Die Trennung der materiellen von den geistigen Bedürfnissen ist eine Schulpflege, wie keine andere. Ohne Sicherheit der Person und der Zustände, helfen die lockendsten materiellen Verhältnisse nicht, das sieht man an den Phasen, welche die Reaction seit 1849 durchgemacht hat. 1849 bis 52 sind die Einwohner Berlins um 12,000, 1852 bis 55 um 17,000, 1861 bis 1864 um 70,000 gewachsen. Diese letztere außerordentliche Steigerung erklärt sich dadurch, daß das Ministerium des verehrten Abg. Grafen Schwerin die Gesetze beobachtet und zu Manteuffelschen Kunststücken nicht gegriffen hat. Man lacht aus Mode jetzt über das Jahr 1848. Der Mittelpunkt meines Lebens wird immer der Geist sein, der das Jahr 1848 hervorgerufen hat. (Bravo.) — Nach einigen nicht verständlichen Worten des Abg. v. Bockum-Dolffs, empfiehlt Abg. Wachenhufen (Mecklenburg-Schwerin) das Amendement und hofft, daß es wegen seiner stark hervorretenden Mäßigung mit sehr großer Majorität werde genehmigt werden. — Die Bundes-Kommissare Graf Bischoff und v. Savigny treten ein, — in der Hofloge erscheinen der Großherzog von Mecklenburg-Schwerin und der Erbprinz von Hohenzollern. — Abg. v. Vinde (Hagen): Vor allem sei es notwendig, daß die Verfassung zu Stande komme; der künftigen Gesetzgebung werde noch viel zu schaffen übrig bleiben. Er habe sich darüber gewundert, daß der Abg. Easker heute so warm für die Grundrechte gesprochen habe; diese Rede wäre am Plage gewesen bei Gelegenheit der Berathung des Schulzischen Antrages. (Sehr richtig!) Werde der Antrag Braun angenommen, so reiche man höflich zum Fenster wieder hinein, was man vorher zur Thür hinausgeworfen habe. Was hier erreicht werden soll, das könne sehr gut später auf dem Wege der Verfassungs-Änderung erreicht werden. Wir schaden durch die Abänderungen dem Werke; wir haben nicht bloß mit den verbündeten Regierungen, sondern auch mit den Landtagen zu thun. Ist nun das Amendement hauptsächlich gegen Mecklenburg gerichtet, so ist es doch thöricht, diesem dadurch eine Handhabe zur Vernichtung des Werkes zu geben. Es sind bereits eine viel zu große Zahl von Amendements eingegangen; wenn wir ein so unpraktisches, so auf idealen Hoffnungen beruhendes Amendement annehmen, so rufen wir dadurch weit mehr Anträge hervor. Ich schließe mit demselben

Verse, den der Antragsteller zuerst gebraucht: „Sind wir unter sicherem Dach nur erst geborgen, läßt ihr wohlthätiges Gemach sich schon weiter sorgen.“ (Bravo!)

Abg. Braun (Wiesbaden): Ich habe meinen Antrag gestellt, weil ich glaube, zwischen allen Grundrechten und zwischen der Regierung aller Grundrechte eine Vermittelung schaffen zu müssen. Der Vorredner hat von dem Verluh einer Fügung nach links gesprochen; ich bestreite dies, aber ich behaupte, daß solche Ausführungen nicht zu einer Fügung nach rechts ausreichen. (Weiterkeit.) Der Antrag soll dem künftigen Parlamente gar nicht vorgreifen, er soll nur einen Platz schaffen, wo unter der Reichsgewalt die alte Reichsfreiheit aufgerichtet werden kann. Ist der mecklenburgische Reichstag dem Werke bereits feindselig gesinnt, so kommt es auf ein wenig mehr Feindseligkeit gar nicht an. (Weiterkeit.) Pressfreiheit und Vereinsrecht sind ein nothwendiges Supplement des allgemeinen und direkten Wahlrechts. Mein Antrag soll nur ein Plätzchen reserviren für die Freiheit, Bildung und den Wohlstand der deutschen Nation: das können wir und das wollen wir. (Beifall.) — Abg. Wagener (Neustettin) gegen den Antrag, weil derselbe unpraktisch sei. Der Reichstag müsse konservativer sein, als die einzelnen kleinen Landtage, die von Zeit zu Zeit einem gewissen Drängen von unten nachgeben müßten. Ueberlassen Sie das Alles der künftigen Gesetzgebung. Sie werden uns alsdann als liberale Kollegen finden. (Weiterkeit.) — Abg. Graf Schwerin wendet sich bei Vertheidigung des Amendements besonders gegen die Ausführungen des Abg. Vinde. Es handelt sich bei dem Amendement lediglich darum, daß, wenn die Majorität des Bundesrathes und des Reichstages einig sind, eine Beschlußfassung möglich ist, während dies nicht geschehen kann, wenn diese Bestimmung nicht in die Verfassung aufgenommen wird. Will man das Gebäude unter Dach bringen, dann darf man es nicht an den Säulen fehlen lassen, die das Dach tragen können, sonst stürzt das Gebäude ein, ehe man es wohnlich eingerichtet hat. (Bravo.) — Bundeskommissar Graf Bischoff: Ich glaube, daß das Amendement selbst für seine Freunde nicht so hohen Werth hat, um dadurch das Werk in Frage zu stellen. Ich hoffe, daß, wenn der Fall der Entscheidung eintritt, das Amendement Seitens der Bundesregierungen unser Werk nicht hindern wird, aber sicher sind wir in dieser Sache nicht, und wenn ich als Abgeordneter spräche, würde ich sagen: ich kann das Amendement ablehnen oder annehmen, ich sehe darin keine Gefahr, als Minister muß ich sagen: lehnen Sie es ab. — Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird abgelehnt. — Abg. Schulze (Berlin) für den Antrag. Grundrechte haben Sie dem Volke nicht gewährt, wenn Sie dieselben nicht als Fundamentalfälle in die Verfassung aufnehmen. (Bravo.) — Bundeskommissar Legationrath Hofmann: Der größte Theil der beantragten Rechte befindet sich schon in den einzelnen Verfassungen. (Dho!) Ich bitte die Versammlung, der Verfassung des Centralstaates zu widerstehen. Wirklich praktischen Verbesserungs-Anträgen werden wir nicht entgegenzutreten, wir werden ihnen aber nicht zustimmen, wenn wir, und das erkläre ich im Namen der verbündeten Regierungen, nicht des Einverständnisses der preussischen Regierung gewiß sind. Zerstören Sie durch Ihre Anträge nicht das konservative Element, welches in dem Entwurf liegt. (Bravo.) — Ein abermaliger Antrag auf Schluß der Debatte wird abgelehnt.

Abg. v. Unruh vertheidigt das Amendement, worauf die Discussion geschlossen wird. — Bei der Abstimmung wird ein Unteramendement des Abg. Kraß (Glabach) zu dem Braun'schen Amendement, welches die Worte: „in Bezug auf die Freiheit des religiösen Bekenntnisses, und der Religionsübung“ einfügen will, event. angenommen. Die Abstimmung über das so abgeänderte Braun'sche Amendement ist zweifelhaft; es wird deshalb zur Fügung geschritten. Diese ergibt die Ablehnung des Amendements mit 128 gegen 123 Stimmen. Es wird deshalb ein Antrag auf namentliche Abstimmung gestellt. Derselbe ergibt die abermalige Ablehnung des Amendements mit 130 gegen 128 Stimmen. — Es wird hierauf in die Berathung der oben mitgetheilten Amendements Ewesten und Schaffrath eingetreten. Abg. Wagener (Neustettin) erklärt sich für das erstere und gegen das letztere Amendement. — Abg. Micheli's für das Amendement Schaffrath. Auch er habe den richtigen Willen, an dem Einheitswerke mitzuwirken

doch könne er von den Volkrechten hier nichts vergeben, wenn er nicht in anderer Weise Garantien dafür erhalte. Der Redner greift in die allgemeine Discussion zurück, wird mehrmals durch den Vice-Präsidenten v. Benningien, der inzwischen den Vorsitz übernommen, und durch den Ruf „zur Sache“ unterbrochen, so daß der Vice-Präsident endlich gezwungen wird, die Entscheidung des Hauses anzurufen, welches dem Abgeordneten bei der Abstimmung das Wort entzieht. Der Redner wendet sich noch einmal zum Vice-Präsidenten, wird aber nicht weiter zum Worte gestattet und geht demnach auf den im Saale befindlichen Präsidenten Simson zu, bei dem er Klage zu erheben scheint. — Abg. Westen: Er habe das Amendement gestellt, um eine Lücke in der Verfassung auszufüllen. — Abg. Günther (Saasen) für den Schafftrah'schen Antrag, der entschieden liberaler sei, als der Twetten'sche. Gewähre man das berechtigete Verlangen des Volkes nach constitutionellen Garantien nicht, so werde man die Zustimmung desselben zu dem Werke nicht erlangen. Der Twetten'sche Antrag sei weder liberal, noch national, er befinde sich auch unter einer Reihe von Anträgen, die alle den Zweck hätten, möglichst zu centralisiren. Hier handle es sich aber nicht um die Gründung eines Einheitsstaates, sondern um die Errichtung eines Bundes auf Grund von Verträgen. Der Schafftrah'sche Antrag entspreche dem Drange nach Einheit, der die Versammlung hier zusammengeführt habe. (Auch dieser Redner wird mehrmals durch den Ruf „zur Sache“ unterbrochen.) — Bundes-Kommissar Graf Bismarck. Der Gegenstand sei bei den Konferenzen der Regierungen nicht vergessen worden. Mit dem Twetten'schen Amendement erkläre er sich Namens der preussischen Regierung einverstanden, und hoffe auch die Zustimmung der übrigen Bundes-Regierungen dazu zu erreichen. Gegen das Schafftrah'sche Amendement müsse er sich erklären. — Abg. Dr. Freitag erläutert den Inhalt einer Leipziger Petition in Betreff des Militärwesens, wird jedoch auch hierin unterbrochen. — Die Discussion wird geschlossen. — Abg. Dr. Michels: Ich erkläre hiermit, daß ich ruhig und wohlüberlegt mein Mandat hiermit niederlege und den Saal verlasse. (Bravo.) — Bei der Abstimmung wird das Amendement Schafftrah abgelehnt, das Amendement Twetten dagegen mit großer Majorität angenommen. — Ein Antrag von Prosch, betreffend die Stellung der Juden in Mecklenburg, wird abgelehnt, nachdem Kaiser dagegen gesprochen. — Ein Antrag des Grafen Schwerin, Maßregeln im Interesse der Medizinärztpolizei und der Veterinärpolizei hinzuzufügen, wird angenommen. Der also amendirte Verfassungsartikel 4. wird sodann mit großer Majorität angenommen. — Ein Amendement Miquel, zwischen den Artikel 4. und 5. einen neuen Artikel einzuschalten, welcher den Bund ermächtigt, die Gesetzgebung auf weitere, durch das Gesamtinteresse gebotene Gegenstände auszudehnen, wird abgelehnt, nachdem Thielau, Wagner und der Bundes-Kommissar Hofmann dagegen, Graf Bethusy-Suc dafür gesprochen haben.

Politische Rundschau.

Ogleich nur die Verträge mit Baiern und Baden veröffentlicht sind, unterliegt wohl keinem Zweifel, daß gegenseitige Engagements auch mit Württemberg bestehen. Hesse-Darmstadt ist ohnehin an den Norden sowohl durch Oberhessen, als durch die Gegenwart der Preußen in Mainz gebunden. Die specielle Militär-Convention mit Darmstadt soll übrigens noch nicht definitiv geregelt sein. Es soll sich um die Feststellung gewisser Modalitäten handeln.

Was den Grund der Publikation jener wichtigen Verträge in diesem Augenblick angeht, so soll diese doch weniger auf Frankreich berechnet sein, als die süddeutschen Regierungen, namentlich den Fürsten Hohenlohe und die mit ihm gehende bayerische Kammer in ihrer nationalen Richtung zu unterstützen. Sowohl in München als in Karlsruhe hatte man die Geldbewilligungen für die Armee-Reform von dem engeren Anschluß an Preußen abhängig gemacht. Dieser ist durch die Garantie-Verträge erreicht und damit der Entwurf der süddeutschen Partikularisten beseitigt, daß der Norden doch nichts von Süddeutschland wissen wolle. Im Uebrigen wird noch immer über das langsame Vorgehen der süddeutschen Heeres-Organisation, namentlich in Württemberg, geklagt.

Baden ist auf den Berliner Konferenzen dem Vorschlage Preußens, das bisher bestehende Salzmonopol abzuschaffen und eine Salzsteuer dafür eintreten zu lassen, sofort beigetreten.

Der Großherzog von Luxemburg, sowie der Prinz Heinrich sollen mehreren hochgestellten Personen geschrieben haben, daß Luxemburg unter keinen Umständen in den norddeutschen Bund treten, sondern seine Selbstständigkeit bewahren wolle. Ueber die Frage aber, wie die Garnison in Luxemburg stellen und die Festung unterhalten soll, darüber wird tiefes Schweigen beobachtet.

Die Eröffnung des österreichischen Reichsrathes wird zum 27. April erwartet.

In Pesth werden gegenwärtig fleißig Minister-Conseils abgehalten, die sich ausschließlich mit der Krönung des Kaisers Franz Josef als König von Ungarn beschäftigen. Dabei soll denn auch die Frage angeregt sein, ob nicht einige Punkte der 1848er Gesetze noch vor der Krönung zu modificiren seien; die ungarischen Minister haben dieser Forderung zwar

nicht direct widersprochen, fordern dafür aber eine Erleichterung in Betreff des Militärwesens, die ihnen schließlich auch gewährt werden wird.

Die Zukunft Frankreichs und Europas, welche der französischen Presse seit den Erfolgen Preußens im letzten Kriege so viel zu schaffen macht, wird ohne Zweifel am Besten besorgt werden, wenn die Franzosen sich so wenig als möglich um Europa kümmern, so wie denn das Hauptverdienst Napoleons III. grade darin zu suchen ist, daß er aus seiner Passivität Deutschland gegenüber nicht herausgetreten ist. Würde Frankreich wieder in seine alten Fehler zurückfallen, so würde Deutschland darum nicht auf das Recht der Unification verzichten, das Zustandekommen der letztern vielmehr von Umständen begleitet sein, die das Sinken des französischen Einflusses und die Schwächung der französischen Machtstellung in Europa nur zu deutlich bezeichnen würden.

Die Zeiten sind längst vorüber, wo Frankreich die „Vorsehung der Völker“ spielen konnte, und wenn heute französische Politiker die Suprematie Frankreichs in Europa als die erste und vornehmste Aufgabe der französischen Politik hinstellen, so heißt das die großartige Umwälzung der europäischen Staatenverhältnisse seit dem Erscheinen Friedrich's des Großen auf der Weltbühne vollständig ignoriren.

Seit Preußen seine Unabhängigkeit von Oesterreich sich erstritten und seine eignen Kriege geführt, hat Europa eine andre Gestalt gewonnen. Das polnische Reich ist trotz aller französischen Protektionen vollständig untergegangen, und seine Wiederherstellung könnte nur zur Schwächung der preussischen Machtstellung führen, deren Verstärkung gerade die sicherste Garantie für die Unabhängigkeit des Abendlandes, gegenüber dem durch die Ausschweifungen des französischen Ehrgeizes wesentlich geforderten Wachstum des russischen Kolosses, bildet.

Die Türkei ist zerbrockelt und wird, trotzdem Frankreich für ihre Integrität die Waffen ergriffen, sich in Bälde auflösen. Oesterreich aber, das seit dem Belgrader Frieden im Sinken begriffen und von Preußen aus Deutschland und Italien für immer hinausgeworfen ist, geht sichtlich seinem Zerfall entgegen und Frankreich wird denselben ebenso wenig hindern können, als die Herstellung des deutschen Einheitsstaats durch Preußen.

Wenn letzterer eine Wahrheit geworden, Italien sich nach der Zertrümmerung der weltlichen Macht des Papstthums vollendet, der Halbmond aus Europa verdrängt und Preußen später einmal nach der Lösung der österreichischen und orientalischen Frage seine militärische Linie bis an die Alpen und das Adriatische Meer vorgeschoben haben wird, alsdann könnte Deutschland immerhin hundert Jahre nach dem Tode Friedrich's des Großen, bei einer Bevölkerung von 60 Millionen, die erste Macht in Europa werden.

Wenn Deutschland der Regulator Europas geworden, dann bilden die Macht, Einheit und Größe Deutschlands die sicherste Gewähr für die Macht und Einheit Europas. Alsdann würde der Gedanke Napoleons I. von der europäischen Staatenconföderation, den Napoleon III. bei Eröffnung der französischen Kammern wieder aufgegriffen, seiner Verwirklichung entgegensehen und das französische Volk für immer gegen die ehrgeizigen und abenteuerlichen Versuche geschützt sein, die der Wohlfahrt Frankreichs so tiefe Wunden geschlagen haben.

Europas und Frankreichs Zukunft von dem Range abhängig machen wollen, den Frankreich einnimmt, hieße die Arbeit von mehr als hundert Jahren rückgängig machen. Dazu wird die französische Heeresorganisation ebenso wenig die Kraft geben, als die österreichische Armee-reform dem Kaiserstaate die Stellung wieder zu geben vermag, die dieser vor Friedrich II. eingenommen.

— Se. Maj. der König hat nachstehendes Handschreiben an den Minister v. Mähler erlassen:

Schon mein in Gott ruhender Vater, König Friedrich Wilhelm der Dritte, hatte nach Beendigung der Befreiungskriege den Wunsch geäußert, an Stelle des alten Doms zu Berlin, Gott zu Ehren und zur Sammlung der christlichen Gemeinde, einen schöneren Bau aufzuführen, als sichbares Zeichen des Dankes für die in tiefer Noth erfahrene Hülfe des Herrn. Die damaligen Zeitverhältnisse ließen den Gedanken nur in unzureichendem Maße zur Ausführung kommen, aber er ist als bleibende und stets wiederkehrende Mahnung auf die folgenden Geschlechter vererbt worden. König Friedrich Wilhelm der Vierte erfaßte diesen Gedanken von Neuem. Aber sein großartiger Plan konnte der eintretenden hemmenden Verhältnisse wegen nicht zur Förderung gelangen. — Am Schlusse dieses Meines Lebensjahres, in welchem Ich und mit Mir Mein Volk nach neuen, schweren Kämpfen abermals Gott für so viele reiche Gnade und den wiedergehenden Frieden danken, tritt auch das Verlangen neu hervor, dem Danke, den wir mit Herz und Mund freudig bekennen, in jenem Werte

einen gemeinsamen, bleibenden Ausdruck zu geben. Ich habe Mich daher entschlossen, den Plan der Erbauung eines neuen, würdigen Doms in Berlin, auf der Stelle, auf welcher der jetzige steht, als der ersten, evangelischen Kirche des Landes, wiederum aufzunehmen und will Ich wegen dessen Durchführung nähere Vorschläge von Ihnen erwarten.

— Seit einigen Tagen war das Gerücht verbreitet, daß ein Attentat gegen den König beabsichtigt, aber vor der Ausführung noch entdeckt und verhindert worden sei. Es ist wahrscheinlich, daß, wenn überhaupt ein Anlaß vorlag, dieser im Munde der Leute eine ungemessene Vergrößerung erfahren hat. Vielleicht daß damit die nachfolgende Notiz des „Fr.-Bl.“ zusammenhängt: Ein ehemaliger, wegen seines excentrischen Wesens vielfach bekannter Offizier der schleswig-holsteinischen Armee wird von seiner Familie seit mehreren Tagen vermißt, und vermuthet dieselbe, daß er verhaftet worden ist. Derselbe wurde nämlich seit längerer Zeit polizeilich gesucht, weil er beleidigende und ehrverletzende Briefe an höchste und hohe Personen geschrieben haben soll, zu denen die Unterbringung seiner angeblich gemüthskranken Schwester in einer Anstalt, wozogen er erfolglos protestirte, ihn veranlaßt haben soll.

— Die Fraktionen versammeln sich Tag für Tag Abends zur Vorbereitung auf die folgende Sitzung. Die interessantesten Debatten kommen noch.

— Im Kriegsministerium ist eine Commission von medicinischen Autoritäten zusammengetreten, welche sich auf dem Gebiete der Militär-Arzneikunde im letzten Feldzuge besonders verdient gemacht haben, um über die Verbesserungen der Militär-Heilkunde zu berathen.

— Die Zahl derjenigen Offiziere der ehemaligen hannoverschen Armee, welche pensionirt werden oder zur Disposition gestellt sind, beläuft sich auf 67.

— Die landwehrpflichtigen Reservisten in Celle, welche den Eid in der Controlversammlung verweigert haben (137 Mann), sind unter starker militärischer Begleitung mittelst Extrazuges nach Harburg besördert worden und sollen vorläufig Stade zum Bestimmungsort erhalten.

— Vor Kurzem haben in Flensburg Hausdurchsuchungen stattgefunden. Die Polizei fand auf eine Adresse an König Christian, die denselben bittet, die Abstimmungsfrage einer halbigen Lösung entgegen zu führen. Ein flensburger Blatt will wissen, die Adresse sei an den Kaiser Napoleon gerichtet. — Vielleicht an Beide.

— In Wiesbaden hat der katholische Kirchenvorstand die Zeitverhältnisse für geeignet gehalten, die Einrichtung von Confessionsschulen herbeizuführen, die bis dahin in Nassau unbekannt waren. Er richtete in diesem Sinne eine Petition an das Cultusministerium. Als dies zur Kenntniß der Bevölkerung kam, fand (am 15. März) eine große Volksversammlung statt, die besonders auch von Katholiken zahlreich besucht war und welche sich zu der Bitte an die Regierung vereinigte, es bei den Simultanen Schulen im Interesse der Erhaltung des religiösen Friedens zu belassen. Der katholische Kirchenvorstand erließ darauf ein Flugblatt an die Bewohner Wiesbadens, um dieselben in seiner Weise zu belehren, aber es wollte dies nichts helfen. Confessionsschulen sind gewiß eine häßliche Handhabe für gläubensdürstige Geistliche, aber sie schädigen das Interesse des Staates; es dient nicht zur Kräftigung desselben, wenn die Bevölkerung in der Gewöhnung an die confessionelle Scheidung erzogen wird. Der letzte Krieg hat dies deutlich gezeigt. Bei vielen Leuten, die über die geistige Bildung der Elementarschule nicht hinausgekommen sind, gab sich mehr Sympathie für die katholischen Oesterreicher kund, als für die protestantischen Landsleute.

— Wie aus Wien geschrieben wird, verursacht seit einigen Wochen im k. k. Kriegsarchiv das räthselhafte Verschwinden der Karte der Walachei (120 Blätter) eine peinliche Aufregung. Alles Suchen im Kriegsarchiv, alle Nachforschungen im k. k. geographischen Institut sind resultatlos geblieben. Die Aufnahme des betreffenden Landes hat zur Zeit des Krimkrieges stattgefunden, und hatte das Werk, abgesehen von seiner nunmehrigen Wichtigkeit, einen Werth von mindestens 200,000 fl. Es ist ein wahres Glück, sagt der „Wanderer“, daß unsre dreihundertpennig pensionirten Minister, die ebenfalls sehr viel gekostet, wenn sie auch keine „nunmehrige Wichtigkeit“ besitzen, nicht im Kriegsarchiv aufbewahrt werden, und daß man wenigstens bei letzteren für getreue Copien sorgt, für den Fall, als uns die Originale gestohlen werden könnten.

— Die Censur für ausländische Blätter soll für Polen verschärft werden.

— Dem italienischen Prinzen Humbert ist ein prächtiges Bildnis einer österreichischen Prinzessin zugekommen, welches, auf Elfenbein gemalt und mit

loftbaren Edelsteinen eingefast, das Werk eines der berühmtesten Wiener Maler ist. Es ist das Bildniß der zur Gemahlin des Kronprinzen bestimmten Prinzessin.

— Noch ehe Venedig diplomatisch verbrieft in den Besitz des Königs Viktor Emanuel übergegangen war, trieb ihn, als er gerade in Padua war, unwiderstehliche Sehnsucht, die wundervolle Lagunenstadt zu sehen. Eines Tages nahm er, unbegleitet, infognito, ein Boot und fuhr hinüber. Als die märchenhafte Wasserstadt zum ersten Male vor ihm auftauchte, als der Thurm von San Marco, der alte Campanile und die marmornen Säulenwunder der Piazzetta und des Dogenpalaßes in sanften, durch die Ferne noch mehr verschönten Linien aus der blauen Fluth vor ihm auftauchten, da ersaßte den König ein Gefühl sondergleichen. Thränen standen in den verklärten Augen und leidenschaftlich rief er: O que bella! Nach langer Pause stand er plötzlich von der kleinen Bank auf und sagte zu dem Bootsmann: „Alter Bursche, siehst Du dort das schöne Venedig? In vier Wochen zieht dort der König von Italien ein.“ „Ezellenza, ich glaub's nicht, bis ich's sehe.“ Wie groß war aber das Staunen des Bootfahrers, als einige Wochen nachher in der That der König in Venedig einzog, er ihn sogar im Gewühl erkannte und gnädig zu sich entbot, um ihm ein königliches Geschenk reichen zu lassen.

— Frankreich hat Schweden 10,000 Miniébüchsen käuflich abgelassen.

— Ein Prinz Radzivil ist am letzten Freitag aus Paris ausgewiesen worden. Er wurde mit polizeilicher Begleitung an die Grenze gebracht.

Locales und Provinzielles.

Danzig, 22. März.

— Der Geburtstag Sr. Maj. des Königs wurde Morgens 6 Uhr durch eine große Reveille der Militär-Musikbände eingeleitet. Um 10 Uhr begann die kirchliche Feier in der St. Marienkirche, an welcher, außer einer ganz ungewöhnlich zahlreich vertretenen Einwohnerschaft, die Spitzen der Civilbehörden, die Friedrich-Wilhelm-Schützengilde und das Veteranen-Krieger-Corps Theil nahmen. Die Feldzeichen sämtlicher hier garnisonirter Truppenteile: 9 Fahnen und 2 Standarten wurden mit Musik von dem Kommandanturgebäude abgeholt und vor dem Hochaltar in zwei Reihen aufgestellt. Nach der vom Herrn Divisions-Prebiger Steinwender abgehaltenen Liturgie senkten die Fahnenträger die Feldzeichen und die Herren Truppen-Kommandeure hefteten an dieselben die von Sr. Maj. dem Könige verliehenen Königsgräger Bänder. Die Bänder sind von derselben Farbe wie die Decoration an den Ehrenzeichen der Combattanten und führen oberhalb der silbernen Quaste zwei gekreuzte Schwerter. Nach dem Gottesdienste, bei welchem Herr Consistorialrath Reinicke die Festpredigt hielt, erfolgte die Fahnenweihe durch Herrn Divisionsprediger Steinwender. Während die Geschütze weithin ihre Grüße sandten, versammelten sich die Offiziere zur Galaparade auf dem Kohlenmarkt. In allen Hauptkirchen war Andacht, die Schulen waren zur Festfeier versammelt, und fanden in den höheren Lehranstalten Redeakte statt. Die Offiziere vereinte ein Diner und die Mannschaften werden in ihren Kasernen den Abend froh verleben. Die öffentlichen und viele Privatgebäude sind in die schönsten Flaggenpracht gekleidet, im Theater wird eine Festvorstellung gegeben und für den Abend eine Illumination der Häuser vorbereitet.

— Wie wir hören, sollen die Arbeiten der Danziger Neufahrwasser Eisenbahn, sobald günstige Witterung eintritt, so beschleunigt werden, daß dieselbe bereits zum August v. Z. dem Verkehr übergeben werden kann. Auch während des ganzen Winters haben die bezüglichen Arbeiten nicht ganz gestockt. So haben die notwendigen Erdarbeiten mit geringen Unterbrechungen ihren Fortgang genommen; auch sind sämtliche Ueberbrückungen mit eisernen Geländern versehen, wie auch bereits fast auf der ganzen Strecke die Schienen angefahren. Diese projectirte Beschleunigung, ebenso die anderweitig in diesem Jahre zum Bau kommenden Eisenbahnstrecken stellen übrigens unserer Arbeiterklasse einen ermühten Verdienst in Aussicht, als Ersatz für das verhängnißvolle Jahr 1866.

— Im Handelsministerium soll eine Ermäßigung des Briesporto in Aussicht genommen sein. Es soll damit noch in diesem Jahre vorgegangen werden.

— Wie bereits aus den Inseraten ersichtlich, wird Dr. William Finn aus London hier wieder einen Cyclus seiner physikalischen Vorträge und Experimente eröffnen. Schon bei der ersten Anwesenheit der Gelehrter Finn im Jahre 1853 erregten deren Vorträge, welche zu jener Zeit im Hotel de Berlin stattfanden,

die allgemeine Aufmerksamkeit, und ward diese auch Herrn W. Finn im Jahre 1861 zu Theil, als er bei seiner zweiten Anwesenheit im großen Saale des Gewerbehauses seine Vorträge veranstaltete. Gegenwärtig ist Hr. Finn wiederum im Besitz einer großen Anzahl auf die neuesten Erfindungen gestützter Apparate, mit denen er experimentirt und seine Vorträge erläutert. Der erste Vortrag wird nächsten Sonntag im Gewerbehause stattfinden.

— [Gewerbe-Verein.] In der gestrigen Sitzung hielt Herr Dr. Kirchner einen Vortrag über „die Geschichte des Geldes.“ Redner bemerkt, daß ihm der Gedanke, dies Thema zu wählen, bei der Durchlesung der Schwurgerichtsverhandlungen über den letzten Raubmordpreß gekommen, um nachzuweisen, woher die dämonische Gewalt des Geldes, welche die Triebfeder zu den meisten Verbrechen sei, stamme. Schon in uralten Sagen habe man einen plötzlich überkommenen Reichthum dem Einfluß des Teufels zugeschrieben. Wenn wir uns in die ältesten Zeiten verlieren, so müssen wir zunächst bemerken, daß aller Verkehr sich nach dem Bedürfniß richtete, und Alles, was ein Volk nicht von der Natur entnehmen konnte, dieses sich durch Tauschhandel mit andern Völkern beschaffte. Die auf der untersten Stufe der Kultur stehenden Jägervölker trieben einen Tauschhandel mit Wildpret, die Ackerbauenden mit Feldfrüchten und die Nomaden mit Kindern &c. Die Kinder bildeten dasjenige erste Tauschmittel, dem ein bestimmter Werth beigelegt wurde. Hierzu gestellte sich bald die Affektation für einen oder den andern Gegenstand und die Sucht zu tauschen. Der Tauschhandel ist auch noch jetzt nicht ganz verschwunden, indem beispielsweise die Hudson-Compagnie solchen noch mit den Indianern betreibt und sich hierbei der Biberfelle bediene. Das Geld sei nicht aus einem Bedürfniß im Tauschhandel entstanden, wie man früher irrtümlich annahm, sondern aus dem Bedürfniß, die Stetigkeit zu befriedigen und sich zu schmücken; diese Annahme bestätige sich vollständig dadurch, daß man die edlen Metalle zuerst ausschließlich als Schmuck verwendet habe. Sobald man die Eigenschaft der edlen Metalle, den Einflüssen der Elemente zu widerstehen, gefandt, habe sich die Begierde darnach um so mehr gesteigert. Wesentlich hätten auch die religiösen Gebräuche, — die Tempel mit edlen Metallen zu schmücken, — die Begierde gereizt, einen gleichen Schmuck auf die eigenen Wohnungen zu übertragen. Später sei die Transporterleichterung des Goldes als Werthmesser zur Geltung gelangt, welches sich beispielsweise zu Belzen wie 1: 447,200 verhalte. Durch das Gewicht habe man den Werth des Metalles nach dem Werth eines Kindes festgestellt, und könne man aus diesem Grunde das Wort pecunia von pecus (das Vieh) herleiten, auch finde man auf den ältesten Geldstücken die Bildnisse von Thieren als Werthbestimmung aufgeführt. Hr. Dr. Kirchner zeigte eine kleine Sammlung von Münzen des ältesten Ursprungs vor, z. B. eine griechische Kupfermünze im Alter von 2500 Jahren, eine Kupferplatte, welche im Jahre 1717 unter Karl XII. als Zahlungsmittel diente und 5 Pfd. wiegt, japanische Münzen in Ring- und Stangenform, französische aus der Revolutionsperiode (aus Kupfer und Pergament bestehend) u. s. w. Von der Einführung der Münzstempel Seitens der Städte geht Redner zum Münzrecht über, spricht von dem Werthe des Geldes im merkantillischen Verkehr und schließt mit der Nufanwendung seines Vortrages, daß Niemand sich von der dämonischen Gewalt des Geldes in dem Grade hinreißen lassen möge, daß er darüber der geistigen, dem Menschen höher stehenden Güter vergesse. Redner erinnert hierbei noch daran, daß die Geburtstage St. Paul's und Sebastian Bach's auf den gestrigen Tag fallen und daß Ersterer als Poet und Letzterer als Componist die geistigen Güter mit vollen Händen ausgebreitet und dabei in großer Dürftigkeit gelebt hätte. — Der Fragekasten enthielt folgendes: 1) Der Vorstand des Gewerbe-Vereins wird ersucht, den Physiker Mr. W. Finn zu gewinnen, vor den Mitgliedern des Vereins seine Experimente zu produciren. Dies wird eingeleitet werden. — 2) Der Magistrat solle durch eine Petition Seitens des Gewerbe-Vereins ersucht werden, von der Verlegung des Halteplatzes in Fischenthal Abstand zu nehmen. Herr Dammé theilt hierauf mit, daß die zur Prüfung der Angelegenheit aus dem Schooße der Stadtverordneten-Versammlung ernannte Commission ihren gutachtlichen Bericht noch nicht abgefaßt habe, wozu auch die Feststellung der Rechtsverhältnisse Seitens der Juristen gehöre. Es empfehle sich daher, dies Gutachten zuvörderst abzuwarten. 3) Woraus besteht das Blandinische Schmiermittel? Herr Helm: Es ist ein halbzersehtes Fett, welches sich vorzüglich zum Schmieren der Buchsen und Lager von Maschinen eignet. 4) Wodurch ist eine Fälschung von Zinn zu erkennen? Herr Helm: Wenn Zinn mit Salpetersäure zerlegt wird und kein anderer Rückstand als ein weißes Pulver sich vorfindet, ist das Zinn unerschaltet. 5) Sind die neuerdings an Uhren eingeführten horizontalen Pendelschwingungen praktischer? Diese Frage wird reponirt und auch ein Schriftstück über die Nützlichkeit der Einführung einer städtischen Feuerversicherung bis zur nächsten Sitzung zurückgelegt.

— Raum sind wir durch die jüngste Verurteilung von einer gefährlichen Bande Verbrecher auf lange Zeit befreit, so hört man wiederum von neuen Einbrüchen und Diebstählen in unserer nächsten Umgebung. Dergleichen sind nämlich in den letzten Tagen, oder vielmehr Nächten, sowohl in Odra und Stadtgebiet, als auch in Wonneberg vorgekommen. Hoffentlich wird es den umsichtigen und thätigen Polizeibehörden gelingen, auch diesem Diebstahlsbold auf die Spur zu kommen. Daß die gegenwärtige, durch den strengen Nachwinter veranlaßte Arbeitslosigkeit der niederen Klassen unserer Bevöl-

kerung vorzugsweise Unredlichkeit mit ihrem Gesolge begünstigt, ist wohl kaum zu leugnen; indessen es giebt auch bei uns eine Menge Individuen, welche ein Gewerbe daraus machen, lungern und bettelnd umherzustreichen und sich dabei die Gelegenheit zum Stehlen ersehen.

— Der Hauptverein Westpreuß. Landwirthe hielt am 15. d. seine Generalversammlung zu Dirschau ab. U. A. beschloß der Verein, an außerordentlichen Ausgaben zu bewilligen: 300 Thlr. zur Begründung des Clubs der Landwirthe zu Danzig und 300 Thlr. zur Reise des Generalsekretärs zur Pariser Ausstellung; ferner zu gemeinnützigen Zwecken 754 Thlr., darunter 300 Thlr. zum diesjährigen Wanderfeste des Hauptvereins in Marienwerder.

— [Weichsel-Trajekt vom 21. März.] Terespol-Culm gänzlich unterbrochen; Warlubien-Graudenz per Bahn nur bei Tage; Czervinsk-Marienwerder unterbrochen.

Königsberg. Eine arme Frau erhielt in diesen Tagen 500 Thlr. rückständigen Sold ihres nordamerikanischen Krieger gefallenen Mannes ausgezahlt, 8 Dollars monatliche Pension, für ihren Sohn 4, für ihre Tochter 3 Dollars monatlich. „So sorgt eine republikanische Regierung für die Hinterbliebenen derjenigen, die im Kampfe für die Erhaltung des Vaterlandes gestorben sind“ — bemerkt die „Königsberger Neue Zeitung.“

Gerichtszeitung.

Criminal-Gericht zu Danzig.

[Ein Geprüelter.] Der Schmiedegessele Skibinski aus Prauk behagte sein Handwerk nicht mehr; er hatte öfters Gelegenheit gehabt, das behäbige Leben der Herren Hausknechte, Kellner &c. kennen zu lernen, und gedachte, daß dabei mehr Seide zu spinnen sei als bei seinem Amboss, dem er vom frühen Morgen bis zum späten Abend alle seine Kräfte widmen müsse. Er machte sich deshalb eines Tages im Dezember im Sonntagskleide nach Danzig auf, um sich einen Dienst als Hausknecht, Kellner oder Diener eines reichen Herrn zu suchen. In Danzig angelangt, traf er mit einem Arbeiter zusammen, dem er seine Wünsche für seine Zukunft erklärte und fragte, ob er nicht einen Dienst für ihn wüste. Dieser Mann erklärte ihm, daß er zwar augenblicklich ohne Kunde von einem solchen sei, er wolle sich indeß umhören, und bestellte ihn Nachmittags zu einer bestimmten Stunde an einen ihm bezeichnen Ort, wo er mit ihm zusammentreffen wolle. Dieser Mann erschien aber nicht allein, er brachte den Arbeiter Karl Krämer mit, stellte denselben dem Skibinski als Gesindevermietter vor, mit der Aeußerung, daß dieser ihm den gewünschten Dienst schon verschaffen werde. Skibinski war recht glücklich darüber, er wendete sich sofort mit seinem Anliegen an den vermeintlichen Gesindevermietter, der ihn auch sogleich mit nach seiner Wohnung nahm. Hier angelangt, fragte Krämer den Skibinski, als was er denn eigentlich dienen wolle, er habe Hausknecht, Kellner- und Dienerstellen zu vergeben; wenn er als Diener gehen wolle, könne er ihm eine Stelle bei einem reichen Herrn, der sehr viel reise, mit einem monatlichen Lohn von 16 Thlrn. und schöner Litree besorgen. Das war ja eben, was Skibinski wünschte und seinen Himmel ausmachte. Er nahm diese Stelle sofort für sich in Anspruch und zahlte mit Vergnügen dem Krämer für seine Mühewaltung 20 Sgr. und zu einem Stempelbogen zum Miettscontract 10 Sgr., natürlich auf Verlangen des Krämer, welcher ihn zum nächsten Tage bestellte, um ihn zu dem reichen Herrn zu führen. Am nächsten Tage erschien Skibinski in der Wohnung des Krämer, und nachdem sie gemeinschaftlich ein Mittagmahl eingenommen hatten, führte Krämer den Skibinski nach dem russischen Consulat. Ersterer ging hier hinein und ließ Skibinski vor der Thüre warten. Nach einer Weile lebte er zurück und sagte zu Skibinski: „Nun ist Alles in Ordnung, Sie sind vermietet und geben den 1. Januar 1867 auf.“ Für die Besorgung des Dienstes verlangte Krämer 2 Thlr. Die Kasse des Skibinski war durch den Aufenthalt hier selbst vollständig erschöpft und er hat den Krämer, mit seiner Forderung noch ein Paar Tage zu warten. Dieser ging darauf indeß nicht ein, obgleich Skibinski ihm seine Taschenuhr zum Pfande anbot, und drohte, den Dienst anderweitig zu vergeben. Was sollte Skibinski thun, die schöne Stelle mochte er nicht Preis geben, deshalb borgte er sich von seiner Cousine die verlangten 2 Thlr. und händigte sie dem Krämer ein, welcher ihm demnächst einen Zettel folgenden Inhalts: „S. Skibinski zieht am 1. Januar 1867 bei Graf v. d. Grebnitz als Diener zu. Auf Neugarten 28“, zum Zeichen des abgeschlossenen Contracts gab. Skibinski gehört nicht zu denjenigen Leuten, welche sog. Mutterweiß besitzen, ihm kam aber doch die ganze Art und Weise seines Vermiethens sonderbar vor, und er theilte seine Bedenken noch an demselben Tage seinem Meister mit, der ihm rath, im russischen Consulate Nachfrage zu halten, ob er denn auch wirklich dort vermietet sei. Zuor ging er aber nochmals zu Krämer und hielt diesem seine Bedenken und seine Zweifel vor, daß er ein Gesindevermietter sei, da er doch kein Schild am Hause habe. Krämer meinte, daß er mehr Geschäfte ohne Schild mache, als andere mit einem Schilde, und that äußerst entrüstet über das gegen ihn behagte Mißtrauen. Er versicherte dem Skibinski nochmals die Realität des Geschäfts. Skibinski besorgte aber noch an demselben Tage den Rath seines Meisters und erfuhr dann sehr bald, daß er einem Betrüger in die Hände gefallen sei. Als er demnächst den Krämer auf der Straße zur Rede

